

Luisser als Volksanwalt nominiert: Lob und scharfe Kritik erwartet!

FPÖ bespricht die Nominierung von Christoph Luisser als Volksanwalt. Kritik und Unterstützung prägen die politische Debatte.



Niederösterreich, Österreich - Am 22. Mai 2025 hat die politische Debatte um die Nominierung von Mag. Dr. Christoph Luisser als Volksanwalt an Fahrt aufgenommen. FPÖ-Klubobmann-Stellvertreter NAbg. Mag. Norbert Nemeth äußerte sich positiv über Luissers fachliche Qualifikation und betonte dessen langjährige politische Laufbahn. Luisser, der seit 2023 als Landesrat in Niederösterreich tätig ist, bringe die Werte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit in die Volksanwaltschaft ein. Besonders hervorgehoben wurde seine Rolle bei der Einführung und Leitung des NÖ Coronafonds, welcher Teil seiner umfangreichen Aufgabe als Landesrat ist, die auch das restriktivste Fremdenrecht in Österreich umfasst. Nemeth wünschte Luisser für seine Aufgabe alles Gute und

dankte der bisherigen Volksanwältin Elisabeth Schwetz für ihre Leistungen.

Doch während die FPÖ ihre Unterstützung für Luisser verkündet, stoßen seine Nomination und die damit verbundenen politischen Implikationen auf Widerstand, insbesondere von den niederösterreichischen Grünen. Klubobfrau Helga Krismer verwies auf einen kritischen Rechnungshofbericht, der Unklarheiten in der Abwicklung des 31-Millionen-Euro-Covid-Hilfsfonds aufzeigte, bei dem Luissers Ressort involviert war. Krismer forderte, dass ein Volksanwalt zunächst im eigenen Haus für Ordnung sorgen sollte.

Kritik und Verteidigung

Die FPÖ konterte die Kritik mit starken Verteidigungen von Luisser. Klubobmann Reinhard Teufel bezeichnete die Vorwürfe als „Profilierungssucht“ und „billige Polemik“. Er lobte Luisser für seine verantwortungsvolle und gute Arbeit als Landesrat und sieht ihn als idealen Vertreter für Gerechtigkeit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Volksanwaltschaft.

Luisser selbst äußerte sich dankbar und demütig gegenüber seiner Nominierung. Er betonte, dass die Volksanwaltschaft für die Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar ist und er sich darauf konzentrieren möchte, deren Rechte und Bedürfnisse zu vertreten. Damit greift er einen zentralen Aspekt der Demokratie auf, die die kollektiven Entscheidungen der Bürger als Fundament ihrer Legitimation versteht.

Politische Debatte im Landtag

Die Nominierung wird in der kommenden Landtagssitzung weiter diskutiert, und der Rechnungshofbericht steht ebenfalls im Fokus der politischen Gespräche. Die Debatte um Luissers Auswahl wirft Fragen zur Unabhängigkeit und Transparenz staatlicher Institutionen auf, die im Rahmen einer lebendigen Demokratie essentiell sind. In der aktuellen politischen

Landschaft ist es entscheidend, die Volkssouveränität in Einklang mit der Rechtsstaatlichkeit zu bringen, um dem Einfluss populistischer Bewegungen entgegenzuwirken.

In diesem Kontext wird die Funktion des Volksanwalts als jemand, der die Rechte der Bürger schützt und die Integrität staatlicher Institutionen wahrt, nochmals verstärkt. Dies wird durch die Notwendigkeit unterstrichen, dass unabhängige Behörden aus kurzfristigen politischen Interessen herausgehalten werden sollten, um das Vertrauen der Bürger in die Demokratie zu sichern.

Details	
Ort	Niederösterreich, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.meinbezirk.at • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at